

15.12.2015 Politik

Ärztemangel ist nicht Folge einer ungleichen Verteilung

Kassenärztliche Bundesvereinigung



Dass in einigen Regionen zunehmend niedergelassene Mediziner fehlen, ist durch eine andere Verteilung nicht zu lösen. Eine Analyse des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung zeigt, dass die Ungleichheit in der Verteilung der Ärzte verhältnismäßig gering ist.

Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) hat die Streuungsmaße für die kommunalen Investitionen je Einwohner, die Krankenhausbettendichte und die Anzahl der Vertragsärzte verglichen. Im Ergebnis leistet die

ambulante Versorgung den weitaus höchsten Beitrag zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

So gibt es in der Region mit der höchsten Arztlzahl pro Kopf zwar fünfmal mehr niedergelassene Ärzte als in der Region mit der niedrigsten Arztlzahl pro Kopf. Bei den kommunalen Investitionen zum Beispiel beträgt diese Spanne hingegen das 21-fache.

Vorwürfe der Politik widerlegt

Das Zi widerlegt damit Vorwürfe, die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) würden ihre Aufgabe bei der Sicherstellung der Versorgung nicht gerecht. „Es gibt regionale Unterschiede. Sie sind aber deutlich weniger ausgeprägt als in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge“, betonte Zi-Geschäftsführer Dr. Dominik von Stillfried. Nach Erkenntnissen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) sei etwa die mittlere Distanz zum nächsten Hausarzt sogar deutlich geringer als zum nächsten Supermarkt.

Die Politik könne von den Ärzten nicht dauerhaft erwarten, Mängel in der allgemeinen öffentlichen Infrastruktur auszugleichen, sagte von Stillfried. Notwendig seien gemeinsame Anstrengungen, um den Ärztemangel zu bekämpfen. Mit Verweis auf eine vermeintliche Ungleichverteilung der Ärzte hatten Politik und Krankenkassen den KVen in der Vergangenheit wiederholt vorgeworfen, sie würden ihre gesetzliche Pflicht vernachlässigen, jedem Bürger unabhängig von seinem Wohnort umfassende medizinische Hilfe anzubieten.

„Ein deutlicher Ärztemangel wird vor allem in den Regionen mit hoher Abwanderung und ausgeprägter demografischer Alterung wahrgenommen“, sagte von Stillfried. „Diese Standorte sind aber auch die Schlusslichter bei den Investitionen je Einwohner. Sie weisen in allen Bereichen der Daseinsvorsorge größere Defizite auf.“

Umverteilung ist nicht die Lösung

Forderungen nach einer weitergehenden Umverteilung von Arztsitzen erteilte der Zi-Geschäftsführer eine Absage. „Statt bestehende Probleme wirksam anzugehen, würden wir dadurch an vielen Standorten zusätzliche Versorgungsprobleme schaffen“, warnte von Stillfried.

Er wies auf Studien hin, nach denen in Gegenden mit einem dichten ambulanten Versorgungsnetz die Zahl der vermeidbaren Krankenhausfälle geringer sei als anderenorts. „Wir brauchen mehr gemeinsame Anstrengungen, um den Ärztemangel zu bekämpfen.“

Öffentliche Mittel für ambulante Versorgung

Die KBV hat indes eine stärkere Unterstützung des Bundes bei der Förderung der ambulanten Versorgung gefordert. Ähnlich wie die Krankenhäuser mit öffentlichen Geldern gefördert werden, sollten auch die Niederlassung von Ärzten unterstützt werden. Die KBV schlägt vor, die Strukturfonds der KVen entsprechend aufzustocken.

Weiterführende Informationen

Pressemitteilung des Zi: Keine Fehlverteilung sondern Arztmangel (Stand: 04.12.2015)



PraxisNachrichten: KBV fordert Investitionen des Bundes in ambulante Versorgung (Stand: 03.12.2015)



Quelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Herbert-Lewin-Platz 2, 10623 Berlin, <http://www.kbv.de>